

Nur 58,8 Millionen Ersparnis im Haushalt 1930

Die Beschlüsse des Reichsrats

Berlin, 16. April. Die bereits kurz gemeldet, genehmigte heute der Reichsrat den Haushaltsvoranschlag für 1930. Der preussische Ministerialdirektor Dr. Bracht machte dazu folgende Ausführungen:

Die Gesamtnettoausgaben betragen 11 277,8 Millionen.

Die Reichsratsausschüsse hätten die Auflösung des Ministeriums für die besetzten Gebiete spätestens bis 1. Oktober dieses Jahres beschlossen. Im Anschluß an die bereits bewilligten 10 Millionen sei ein Betrag von weiteren 10 Millionen bewilligt worden, daneben für kulturelle Förderung der besetzten Gebiete und für andere Zwecke 2,4 Millionen. Auch ein Dissonds von 2 Millionen sei bewilligt worden. In weiterer Ausführung des vorjährigen Gesetzes für Ostpreußen seien 2,8 Millionen, für die östliche und nördliche Wohnungsnot 12 Millionen und zur Verbindung des Ausfalls an Umschuldungskrediten eine Million vorgeschlagen.

Bei der Arbeitslosenversicherung sei ein Antrag auf Beitragserhöhung von der Mehrheit der Ausschüsse abgelehnt und der vom Reichstag bewilligte Aufschlag von 150 Millionen eingeleitet worden. Die Schuldentilgung hätten die Reichsratsausschüsse von 450 auf 515 Millionen Mark erhöht. Für die Ausfuhrwerbung der Weizener Messe seien 800 000 Mark, für die Technische Hochschule weitere 800 000 Mark und für Kindererziehung eine Million eingeleitet worden. Auf der Einnahmeseite seien die neuen Weiche zugrunde gelegt worden.

Inhaltsfassend erklärte der Berichtsführer, daß der Haushalt zwar die Wiederkehr des Vertrauens in seine Solidität rechtfertige, vom Standpunkt der Sparaktion aber wenig ermutigend sei.

Nur in Höhe von rund 200 Millionen sei die Entlastung des Haushalts für 1931 schon jetzt wirklich fundiert. Alles weitere hänge von der wirtschaftlichen Entwicklung ab.

Für das Sparprogramm empfahl der Berichtsführer einige weitere Maßnahmen, darunter die Aushebung der reichseligen Postverwaltung, die Vereinigung der Bauverwaltung mit den Bauverwaltungen der Länder, ferner die Prüfung der Kanalbaufrage vom finanziellen und wirtschaftlichen Standpunkt, die Aushebung der Reichsverwaltung in München und die Eingliederung des Sparkommissariats in die allgemeine Verwaltung.

Beim Etat des Wirtschaftsministeriums beantragte Bürgermeister Schölk (Berlin), 1,2 Millionen für

alle Messen zu bewilligen, statt der jetzt für die Weizener Messe allein ausgeworfenen 800 000 Mark. Im anderen Fall beantragt Berlin auch die Streichung dieser 800 000 Mark. Beide Anträge wurden abgelehnt. Beim Weizener Antrag beantragt Reichswehrminister Gröner die Wiedererstattung der von den Ausschüssen gestrichenen Beträge bei den Ausgaben für militärisches Personal, für Gebäudeunterhaltung und Bauten. Der Minister erklärte, sein Antrag entspringe nicht schweblicher Notwendigkeit, sondern rein sachlichen Gründen. Nach dem vom Kabinett vorgenommenen Abschluß von 50 Millionen seien weitere Kürzungen gar nicht möglich, wenn nicht der gestrige Betrieb der Weizenerorganisationskommission empfindlich gestört werden solle. Bedeutlich wären besonders Streichungen bei der Gebäudeunterhaltung. Aus sozialen Gründen und aus Gründen der Disziplin sei es äußerst wichtig, den Mitgliedern der Reichswehr für die Dauer ihrer 12jährigen Dienstzeit ein behagliches Heim zu schaffen.

Der preussische Staatssekretär Dr. Weichmann frugte den Minister, ob er damit einverstanden wäre, wenn der Haushaltbetrag der Streichungen von 8,5 Millionen aufrechterhalten werde, ohne daß die Streichungen auf bestimmte Posten festgelegt würden.

Reichswehrminister Gröner erklärte, darauf könnte er nicht eingehen. Daraus meinte der preussische Staatssekretär Weichmann: Angesichts der großen Streichungen beim Sozialetat könnten wir es nicht verantworten, auf Streichungen beim Weizener Etat zu verzichten. Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer stellt fest, daß das Reichskabinett sich nach schweren Kämpfen entschlossen habe, den Weizener Etat mit 700 Millionen zu bewilligen. Unter diesen Umständen könne er dem Antrag Grönners nicht widersprechen. Der Antrag wurde darauf ohne Widerspruch angenommen.

Beim Kriegslastenhaushalt beantragten Bayern und Rheinland größere Mittel für ihre notleidenden Grenzgebiete. Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer erklärte, er könne diesen Anträgen nicht zustimmen, doch werde die Reichsregierung im Rahmen des Dispositivprogramms an den Räten der südöstlichen Grenzgebiete nicht vorbeigehen. Der bayerische Antrag auf Bewilligung besonderer Mittel für die bairischen Grenzgebiete wird mit 35 gegen 31 Stimmen abgelehnt.

Ferner erledigte der Reichsrat das Gaststättenengesetz, den deutsch-schweizerischen Rheinregulierungsvertrag sowie die Konsularverträge mit der Türkei und Bulgarien. Mit einigen Änderungen wurde dem Entwurf eines Einführungsgesetzes zum allgemeinen deutschen Strafrecht und zum Strafvolksgesetz zugestimmt.

Der Kabinettsbeschluss zum Kreuzerbau

Einstellung der ersten Baureihe in den Etat

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 16. April. Das Reichskabinett hielt heute nachmittags eine Sitzung ab, als deren wichtigstes Ergebnis der Beschluß zu verzeichnen ist, die von den Reichsratsausschüssen geforderte Baureihe von 2,9 Millionen Mark für das Panzerschiff B in den Etat von 1930 einzustellen. Da

über die internen Abstimmungsverhältnisse des Kabinetts

bei solchen Entscheidungen keine Mitteilungen gemacht werden, vermog man nicht zu sehen, ob der Beschluß einstimmig gefaßt wurde, oder wie die Mehrheit der Kabinettsmitglieder aussieht, die ihn annahm. Die Tatsache jedenfalls, daß das Kabinett entgegen den Hoffnungen, die manche Einblätler zum Ausdruck brachten, keine Doppelvorlage zur Wiederherstellung des ursprünglichen, die Baureihe nicht vorsehenden Haushaltsentwurfs beschlossen hat, zeigt, daß die Reichsregierung sich den Gründen, die die Haltung des Reichs-

rats bestimmten, nicht verschließen konnte. Den Sicherheitsfaktor, den die Reichsmarine darstellt, darf man nicht dadurch in seinem Werte beschneiden, daß man ihm die Ergebnisse des neuzeitlichen technischen Annens vorenthält. Durch seine heutige Entscheidung hat das Kabinett gezeigt, daß es diese Devise allen anderen Erwägungen voranstellt. Kein tatfächlich gesehen kam für den Entschluß des Kabinetts vielleicht noch hinzu, daß es die Kreuze, die ihm jüngst im Reichstag zur parlamentarischen Lebensfähigkeit verholfen, nicht dadurch vor den Kopf stoßen konnte, daß es sich heute gegen die Beschlüsse des Reichsrats ausgesprochen hätte. Ferner scheint auch die tatsächliche Erwägung eine gewisse Rolle gespielt zu haben, daß der heutige Beschluß, die erste Baureihe für den zweiten Panzerkreuzer zur Verfügung zu stellen, es

den Deutschenationalen zur Pflicht machen müsse, das Kabinett in dem schweren Kampfe, den es nun im Reichstag gegen die Linke zu führen haben wird, geschlößener als bisher zu unterstützen.

Man wird ja damit rechnen müssen, daß die Sozialdemokratie, trotzdem sie ihrer Kabinettsmitglieder sich für den Panzerkreuzer entschließen, diese Gelegenheit benutzen wird, um mit verstärktem Geheul gegen das Kabinett Berlin zu gehen. Wenn man von der Presse auf die Parteien schließen soll, dann scheint es fast so, als ob auch die Demokraten

sich wegen des Panzerkreuzers gegen die Regierung aussprechen würden. So veröffentlicht die „Volk. Sta.“ heute Betrachtungen, in denen darüber monologisiert wird, ob Kapitän oder Seefahrer“ das Reichsschiff neuem sollen, wobei unter dem Seefahrer der Minister Treviranus, bekanntlich ein früherer See-Offizier, unter dem Kapitän der Reichsanstalt Brünning zu verstehen wird. Doch der Minister Treviranus im Reichskabinett seiner Ueberzeugung gemäß für die Baureihe gestimmt hat, ist wohl nicht zu bezweifeln. Warum aber jetzt

Treviranus zum Gegenstand weniger qualifizierter Angriffe

gemacht wird, ist nicht recht einzusehen. Daß im Reichsrat eine Aktion eingeleitet worden sei und daß der Minister Treviranus hierbei eine Rolle gespielt hätte, ist eine recht übernehmebare Behauptung. Jedenfalls zeigt aber auch dieser Vorgang ziemlich deutlich, daß dem Kabinett Brünning im Rat bei den Statberatungen noch schwere Stürme bevorstehen. Ähnlich verlautet: Unter Vorsitz des Reichsanstalters Dr. Brünning fand am heutigen Nachmittag in der Reichskanzlei die letzte Kabinettsitzung vor der Osterpause statt. Das Reichskabinett beschäftigte sich neben einer größeren Anzahl laienhafter Fragen in erster Linie mit dem heute vom Reichsrat verabschiedeten Reichshaushaltplan für das Jahr 1930. Hinsichtlich der vom Reichsrat bewilligten einen Million Reichsmark für Kindererziehung und der an Stelle anderer Ausgaben des Marine-Etats eingeleiteten ersten Baureihe für das Panzerschiff B beschloß das Reichskabinett, die Reichsratsbeschlüsse dem Reichstage als Grundlage seiner Beratungen zuzuleiten.

Ein Telefongespräch rund um die halbe Erde

Berlin, 16. April. Nachdem vor kurzem die Strecken Berlin - Buenos Aires dem allgemeinen Fernverkehr übergeben werden konnte, wurde am Mittwoch zum ersten Male eine drahtlose telephonische Verständigung zwischen Buenos Aires und Batavia über Berlin hergestellt. Das Telefongespräch, das 23 000 Kilometer überbrückte, also eine Strecke, die größer ist als der halbe Erdradius, wurde mit Hilfe von Telefunkenfernwehlern hergestellt und ergab eine ausgezeichnete Verständigung zwischen den Sprechenden Personen in Batavia und Buenos Aires.

Blondes Haar: PIXAVON
als Shampoo, Beutel 30 M

gestimmt haben, das in seinen Grundzügen dem Schieleprogramm entspricht. Was jetzt geschieht, ist nichts anderes als die Weiterbildung jener Richtlinien, die bereits vom Kabinett Müller aufgestellt worden sind. Insbesondere in der Getreidewirtschaft ist der Zollfuß der Höhe nach gar nicht erweitert worden. Es wird nur dafür gesorgt, daß die damals festgesetzten Richtpreise für Weizen und Roggen nicht bloß auf dem Papier, sondern auch auf den Märkten erreicht werden. Dazu kommen allerdings Zoll- und marktpolitische Verbesserungen auf allen Gebieten der sonstigen landwirtschaftlichen Produktion, weil man eingesehen hat, daß gar nichts geholfen ist, wenn man nur einen Hauptzweig, den Getreidebau, schützt, und alles andere, die Fleisch-, Milch-, Butter-, Käse- und Eierzeugung, dem blinden Walten der weltwirtschaftlichen Mächte preisgibt. Was das jetzige Agrarprogramm von dem bisherigen in der Hauptsache unterscheidet, das ist der neue Geist, der mit Schiele ins Ernährungsministerium eingezogen ist, und der seine Entschlüsse alle anwendbaren Mittel tatsächlich einzusetzen, um die Landwirtschaft vor dem Untergang zu retten.

Diese Politik ist kein Wucher auf Kosten der wertvollen Massen. Sie enthält auch keine Liebesgaben für die Landwirtschaft, sie läßt ihr nur die Gerechtigkeit zuteil werden, die alle anderen Berufsstände auch für sich beanspruchen und die sie dem Landvolk nicht vorenthalten dürfen, wenn sie sich nicht auf seine Kosten ungerechtfertigt bereichern wollen. Darin Zahlen und unparteiliche Berechnungen liefern den Beweis dafür. Das Institut für Konjunkturforschung hat a. B. errechnet, daß das deutsche Volkseinkommen in den Jahren von 1925 bis 1929 von 54 auf 70 Milliarden gestiegen ist, während gleichzeitig der Anteil der Landwirtschaft von 6,0 auf 5,1 Prozent sank. Dabei sind 20 Prozent aller Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt. Kann es einen kräftigeren Beweis für das Paritätum des Bauern im heutigen Wirtschaftsleben geben? Aus den Veröffentlichungen des gleichen Instituts geht hervor, daß das durchschnittliche Jahreseinkommen des Landwirts und seiner mitarbeitenden Familienangehörigen nur 500 Mark beträgt. Das ist wenig mehr als die Hälfte von dem, was durchschnittlich ein Arbeiterlohn an Unterstützung bezieht! Professor Münzinger hat in lokalen Einzelerhebungen gleichfalls herausgefunden, daß der Verdienst in der Landwirtschaft unter Einrechnung aller Vergünstigungen durch Selbstbefriedigung und Mietsaufschlag nur einen Bruchteil dessen beträgt, was ein Industriearbeiter als Lohn erhält. Und ein namhafter Industrieller ist durch eigene Untersuchungen zu dem Ergebnis gekommen, daß die Landwirtschaft zur Rentabilität rund 30 Prozent höhere Einnahmen haben müßte. Ist es unter solchen Umständen Wucher, wenn man die Agrarpreise in bescheidenem Umfang heben will?

Eine ebenso deutliche Sprache sprechen die Indexzahlen. Der Index für Agrarstoffe ist in den ersten dreizehn Wochen dieses Jahres von 125,8 auf 108,8 heruntergefallen; gleichzeitig hat der Index für industrielle Fertigwaren nur von 156,1 auf 152,4 nachgegeben und der für industrielle Konsumgüter von 168,8 auf 162,5. Die Preise für Getreide und Vieh, besonders auch für tierische Erzeugnisse, sind schnell und allgemein gesunken, während sich die Preise für den sonstigen Lebensbedarf im großen ganzen hielten. Dies läßt die Preisstabilität deutlich, daß niemand die Wirtsumlagen übersehen kann. Wenn wir in der letzten Zeit eine leichte Senkung der Lebenshaltungskosten bemerkt haben, so hat diese Entwicklung die Landwirtschaft aus ihrer Substanz befreit. Das ist Raubbau an einem Teil der Volkswirtschaft, den alle, auch die Verbraucher, noch schwer büßen müßten, wenn das Steuer der Agrarpolitik nicht sofort herumgeworfen würde. Nicht um Ausbeutung handelt es sich, sondern darum, daß die Landwirtschaft nachträglich auf das Lebensniveau der anderen Stände emporgehoben wird. Keine Gebchenke sollen gemacht, sondern die vorenthaltenen Gleichberechtigung soll ihr da endlich zugestanden werden.

Umsatzsteuer und die freien Berufe

Berlin, 16. April. Nach den Beschlüssen des Reichstages über die neue Umsatzsteuer sind die Angehörigen der freien Berufe ebenso wie Handelsagenten und Makler von der Umsatzsteuer befreit, wenn der steuerpflichtige Umsatz nicht mehr als 1000 Mark jährlich beträgt. Bisher war die Steuerfreiheit auf einen jährlichen Umsatz bis zu 8000 Mark beschränkt.

Polnischer Protest in Berlin

Einspruch gegen Schiele's Agrarprogramm - Die Reichsregierung wird abweisend antworten

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 16. April. Wie die Telegraphen-Union erklärt, hat der polnische Gesandte im Berliner Auswärtigen Amt am Mittwoch eine Note überreicht, in der gegen die vom Reichstag verabschiedeten neuen Agrargesetze Einspruch erhoben wird. In der Note wird u. a. behauptet, daß durch die neuen deutschen Zoll erhöhungen die Grundlage des vor kurzem unterzeichneten, aber noch nicht ratifizierten deutsch-polnischen Handelsabkommens und außerdem noch die letzten internationalen Vereinbarungen der Genfer Zollfriedenskonferenz verletzt würden.

Wie wir erfahren, wird die polnische Note von der Reichsregierung nach Ebern beantwortet

werden. In der deutschen Antwortnote, die an Umfang sehr kurz sein wird, wird vor allem darauf hingewiesen werden, daß die erhöhten Zölle eine unumgängliche Schutzmaßnahme für die deutsche Landwirtschaft bilden, auf die nicht verzichtet werden konnte. Sodann werden die politischen Argumente, daß die deutschen Zoll erhöhungen der letzten Genfer Abmachung über den Zollfrieden widersprechen, als in keiner Weise stichhaltig eine kurze Zurückweisung erfahren. Die Reichsregierung wird hier vor allem darauf hinweisen, daß jenes Zollfriedensabkommen eine Klausel enthält, nach der bei Vorliegen von Notständen die Bestimmungen des Abkommens außer Kraft treten.

Nach Meinung der Reichsregierung war der in den Genfer Abmachungen vorgesehene Notstand für die deutsche Landwirtschaft vollumfänglich gegeben.

Die polnische Regierung habe daher keine Berechtigung, hier von der Verletzung eines internationalen Abkommens zu sprechen, um so weniger, als die deutschen Unterhändler auf der Genfer Konferenz bereits auf die bevorstehende Erhöhung der deutschen Agrarzölle hingewiesen haben.

Wenn in der polnischen Note weiter gesagt worden ist, daß durch die Agrarzölle die Grundlage, auf der das deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen aufgebaut wurde, verändert werde, und daß es daher zweifelhaft sei, ob das polnische Parlament dieses Wirtschaftsabkommen annehmen werde, so ist dies eine Erfindung, die in Berlin nicht den geringsten Eindruck gemacht hat. Zu alledem befindet sich kein Zweifel daran, daß

schon vor der Beschließung, ja sogar vor der Beratung über die neuen deutschen Agrarzölle im Reichstag die Ratifizierung des Wirtschaftsabkommens für die polnische Regierung ein sehr schwieriges Problem gewesen ist. Der polnische Sejm ist vorläufig noch ganz geschickt.

Man hat zwar polnischerseits zu verstehen gegeben, daß die Enderklärung einer Sondertagung für den ausschließlichen Zweck der Beratung des deutsch-polnischen Vertrags im Bereiche der Möglichkeiten liege, aber auf Grund der innerpolitischen Verhältnisse Polens muß man ein solches Vorgehen für recht unwahrscheinlich halten, und sodann ist auch schon in aller Öffentlichkeit davon gesprochen worden, daß Polen die deutsche Regierung ersucht hat,

auf dem Verhandlungswege

beiderseitig mindestens einen Teil des Abkommens vorzeitig in Kraft treten zu lassen. Diese Anregung hat zwar in Deutschland keine Gegenliebe gefunden, da durch die Herausnahme einiger für Polen besonders günstiger Bestimmungen auf dem Verhandlungswege das polnische Interesse an der Gesamt Ratifizierung abgemindert werden würde, und da andererseits die Reichsregierung die Absicht hat, den Reichstag darüber um die Ratifizierung zu ersuchen.

Die deutsche Regierung beabsichtigt, den Polenvertrag noch vor den Sommerferien dem Parlament zur Ratifizierung vorzulegen.

Offenbar ist die Inkraftsetzung des Vertrags für Polen ein schwieriges innerpolitisches Problem, bei dem der materielle Inhalt des Vertrags eine geringere Rolle spielt als das faktisch verfassungsmäßige Programm.

Man hätte sicher auch ohne die deutschen Agrargesetze nach diesem oder jenem Mittel einer Verzögerung gesucht. Es ist daher ein ganz durchsichtiges und reichlich plumpes Manöver, wenn Polen jetzt Deutschland für eine Verzögerung verantwortlich machen will. Die Vorteile materieller und auch ideeller Art, die Polen aus dem Wirtschaftsabkommen zieht, sind so groß, daß die wenig erhöhten deutschen Agrarzölle gar keine Unannehmlichkeiten bedeuten können. Wenn nun in der polnischen Presse mit

Vergeltungsmaßnahmen durch erhöhte Einfuhrzölle für deutsche Fabrikate

gedroht wird, so ist es offensichtlich, daß Polen mit seiner gering entwickelten Industrie sich durch eine Verteuerung der Fabrikatspreise in eigene Fleischschneiden würde, noch dazu, ohne Deutschland allein zu schädigen, da ja in dem Abkommen für Deutschland die Meistbegünstigung vorgelesen ist, und da im übrigen eine große Anzahl industrieller Positionen in Handelsverträgen zwischen Polen und anderen Staaten gebunden sind.

Die Minister Steiger und Schmidt beim Papst. Der Papst empfing gestern den preussischen Landwirtschaftsminister Dr. Steiger und den preussischen Justizminister Dr. Schmidt.